

Nr. 15/977

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Das Vertrauen in die Justiz stärken – Für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Justiz
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. April 2002
(Drucksache 15/1119)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002
(Drucksache 15/1172)
2. Förderung des Ehrenamtes im Sport
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 16. Mai 2002
(Drucksache 15/1152)

Nr. 15/978

Fragestunde

1. Präsenz Bremens im Wirtschaftsinformations-System RegIS-Online
Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 31. Mai 2002
2. Auswirkungen der B 212 auf die Weserquerung A 281
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 31. Mai 2002
3. PCB-Untersuchungen in Schulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2002
4. Kosten für die Unterbringung von „Kampfhunden“
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2002
5. Evaluation des Bremer Mammographie-Projektes
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 4. Juni 2002
6. Berliner Modellversuch zur Erzieher/-innenausbildung
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2002

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/979

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Space Park-Finanzierungen unsicher – Prüfung der EU-Konformität steht vor der Tür, Ankermieter noch nicht.“

Nr. 15/980

Organspende im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2002
(Drucksache 15/1103)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in diesem Jahr 2002 die Bemühungen um eine Erhöhung der Organspendebereitschaft in der Bevölkerung zu intensivieren. Hierbei sollte eine Einbindung der Bremer Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, der Bremer Krankenhausgesellschaft, der Apothekerkammer, der Krankenkassen sowie der Medien in geeigneter Weise erfolgen. Selbsthilfegruppen sollten ebenfalls beteiligt werden.
2. In Absprache mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) sind geeignete Maßnahmen für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zu ergreifen wie z. B.:
 - Gestaltung eines Aktionstages im Haus der Bürgerschaft;
 - Wiederaufnahme der Ausgabe von Informationsunterlagen und Organspendeausweisen in den Einwohnermeldeämtern;
 - Entwicklung und Verteilung geeigneter Printmedien;
 - Initiative für die GMK, um bundesweit für die Erhöhung der Organspendebereitschaft zu werben.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Jahresende 2002 über die Umsetzung der Bemühungen für eine Erhöhung der Organspendebereitschaft zu berichten.

Nr. 15/981

Private Sicherheitsdienste

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. April 2002
(Drucksache 15/1118)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 2002

(Drucksache 15/1160)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/982

Prävention und Gesundheitsförderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 25. April 2002
(Drucksache 15/1124)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002

(Drucksache 15/1173)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/983

Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 30. April 2002

(Drucksache 15/1137)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit (federführend), Wirtschaft und Häfen und den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 15/984

Bildungsinitiative Jugendnetz.Bremen.de

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Mai 2002

(Drucksache 15/1148)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Senioren.

Nr. 15/985

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1139)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002

(Drucksache 15/1174)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/986

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1141)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.